

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/28

11. Februar 1975

Probleme der Dritten Welt auch unsere Probleme

Feststellungen zum Verständnis der Entwicklungshilfe

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 / 35 Zeilen

Der Faden darf nicht abreißen

Europäische Parlamentarier-Konferenz in Belgrad fand
zu konstruktiven Kompromissen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des
Bundestages

Seite 2 und 3 / 56 Zeilen

Kein Weg zur Altstadterneuerung

Koalition wird dem Gesetzentwurf des Bundesrates
nicht zustimmen

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Seite 4 / 36 Zeilen

Experiment und Chance

Hannover wird eine zweite Tageszeitung behalten

Seite 5 / 37 Zeilen

Salto à la Biedenkopf

SPD-Programmewurf ist ihm zu "pragmatisch" und zu
"utopisch"

Seite 6 / 26 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 08 66 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Probleme der Dritten Welt auch unsere Probleme

Feststellungen zum Verständnis der Entwicklungshilfe

Von Alwin Brück MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die von dem Hannoveraner Parteitag 1973 eingesetzte Kommission hat mit ihrem Entwurf eines "Orientierungsrahmens '85" eine Grundlage für die Diskussion der langfristigen Ziele der SPD geschaffen. In diesem Papier wird durchgehend darauf hingewiesen, in welchem wachsenden Maße alle staatlichen Entscheidungen sich auf internationale Entwicklungen einstellen müssen, auf die wir selbst nur einen geringen Einfluß haben. Einer breiten Öffentlichkeit ist diese Tatsache erst durch die sog. Energiekrise schlagartig bewußt geworden.

Für die SPD kommt es darauf an, die gewonnenen Erkenntnisse zu vertiefen und Wege aufzuzeigen, die man zur Lösung der uns gestellten Probleme beschreiten kann. Immer mehr müssen wir dabei in Rechnung stellen, daß die wirtschaftliche und damit auch die politische Macht der industrialisierten Länder begrenzt ist. Wir sind von den weniger industrialisierten Ländern ebenso abhängig wie diese von uns. Wenn wir uns nicht auf Jahre hinaus in unfruchtbareren Konfrontationen auf internationalen Konferenzen erschöpfen wollen, müssen wir verstärkt die begonnene partnerschaftliche Zusammenarbeit fortsetzen.

Das Godesberger Programm formuliert: "Die demokratischen Staaten müssen ihre Solidarität vor allem mit den Entwicklungsländern bekunden." Der Entwurf des "Orientierungsrahmens '85" ist seit Godesberg der erste Versuch, zu zeigen, in welcher Weise diese Solidarität sich verwirklichen und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit niederschlagen kann. Die Probleme der Dritten Welt sind auch unsere Probleme. Die SPD ist sich dessen bewußt. Das hat die Außenpolitische Konferenz gezeigt, die Mitte Januar in Bonn stattgefunden hat.

Auf dieser Tagung haben Helmut Schmidt in seinem Eröffnungs- und Willy Brandt in seinem Abschlußreferat hervorgehoben, daß Weltwirtschaftspolitik, Weltraumpolitik, Weltrahmentpolitik, Weltintegrationspolitik, Weltwährungspolitik, Weltentwicklungs- und Weltentwicklungspolitik untrennbar verbunden sind. Im Entwurf des "Orientierungsrahmens '85" findet dies dadurch seinen Ausdruck, daß das Thema "Entwicklungspolitik" an den Stellen behandelt wird, wo es seine Verknüpfung mit den jeweiligen Politikbereichen verlangt. Die Tatsache, daß kein eigenes Kapitel vorgesehen ist, macht deutlich, wie direkt die Entwicklungspolitik die Probleme unseres täglichen Lebens berührt. (-/11.2.1975/ks/pr)

+ + +

Der Faden darf nicht abreißen

Europäische Parlamentarier-Konferenz in Belgrad

fand zu konstruktiven Kompromissen

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die europäische Konferenz in Belgrad hätte auch in der Bundesrepublik mehr nachrichtliche und publizistische Aufmerksamkeit verdient. Schließlich waren dort vom 31. Januar bis 6. Februar 1975 27 europäische Parlamentsvertretungen sowie Delegierte aus USA und Kanada versammelt, um eine umfassende Aktivität für die Ziele der KSZE und gemeinsame Formeln für eine friedensfördernde Politik der beteiligten Staaten zu erarbeiten.

Es war die zweite Konferenz dieser Art; die erste wurde vor zwei Jahren in Helsinki durchgeführt. Vergleicht man beide Versammlungen, so fallen folgende Unterschiede auf: Der Enthusiasmus war in Helsinki stärker. Die Vertreter des Ostblocks waren sicherer und geschlossener. Die neutrale Gruppe, geführt von Jugoslawien und Finnland war in Belgrad besser vorbereitet. Die westeuropäischen Partner kamen nach Belgrad mit vorbereitetem Konzept - allerdings ein wenig zu konservativ in bezug auf personelle Vorschläge, die sich dann auch nicht alle durchsetzen ließen.

Die Jugoslawen hatten durch Vorgespräche Anlauf und Ablauf gut vorbereitet und den Beweis für eine hervorragende Organisationsfähigkeit erbracht. Erstaunlich war die gute Atmosphäre zwischen allen Delegationen. Interessant auch die Kompromissbereitschaft des Ostblocks, der sich weitgehend abgestimmt hatte. Dennoch kristallisierte es manchmal unter den Delegierten. Man könnte schlußfolgern, daß diese Zusammenkünfte unweigerlich Beziehungen entwickeln, die schließlich für die Zukunft Früchte tragen können.

Dabei muß den ewig Ängstlichen gesagt werden, daß bei solchen Gesprächen durchaus die Gegenseite neue Erkenntnisse sammelt und auch manche falsche Krone vom Kopf diskutiert wird. In der sachlichen Arbeit der Arbeitskreise gab es bei einigen Punkten ziemliche Widersprüche, Auseinandersetzungen und lange Kompromißverhandlungen - aber alle Schwierigkeiten endeten mit einem brauchbaren Kompromiß, so daß einstimmige Beschlüsse letztlich auch

verpflichten - oder den Beweis des schlechten Willens bringen würden.

In Anlehnung an die KSZE wurden drei Arbeitskreise gebildet, die den Stoff analog der drei KSZE-Körbe bearbeiteten. Zum Thema 'Sicherheit' gab es Übereinstimmung in bezug auf die Informationspflicht bei Manövern sowie in der Gleichgewichtigkeit der zehn Prinzipien; das bedeutet u.a. die Offenhaltung der europäischen Option und der möglichen Grenzveränderungen oder Beseitigungen bei Veratändigung beider beteiligten Seiten. Im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gab es Übereinstimmung, daß bestehende Bindungen nicht zu Gunsten der allgemeinen Meistbegünstigung aufgelöst werden, wie es besonders der Wunsch der sowjetischen Seite war.

Für die einzelnen Themen hatten viele Delegationen ihre Vorschläge eingebracht. Für Korb III, in dem vorrangig die Fragen der Humanisierung der Beziehungen zwischen Ost und West liegen, hat der zuständige Arbeitskreis aus neun Vorlagen der Teilnehmerstaaten die Vorlage der Bundesrepublik als Verhandlungsgrundlage genommen. Erfreulicherweise sind die Grundfragen in bezug auf Familienzusammenführung, Heirat über die Grenzen, Kulturaustausch und zunehmend freierer Verkehr der einzelnen Menschen zwischen den Völkern so formuliert, daß sie ein gutes Werkzeug zum Bemühen um weitere neue Entwicklungen sind. Es wurde schließlich davon Abstand genommen, für die Fortsetzung solcher Gespräche eine neue Institution zu schaffen, sondern im Sinne unserer Vorstellungen der Internationalen Parlamentarischen Union weiterhin die Initiative für weitere Konferenzen überlassen.

Fragt man nun nach den Auswirkungen dieser Beschlüsse, so denke ich, daß bilaterale wie multilaterale Zusammenkünfte von Parlamentariern die Beschlüsse von Belgrad stets auf ihrem Programm haben sollten. Der Faden darf nicht abreißen. Außerdem hoffe ich, daß die Parlamente die Beschlüsse übernehmen und sie in tägliche Politik umsetzen. Einige Gespräche am Rande lassen hoffen, daß gemeinsame Aktionen mehrerer nationaler Parlamente durchaus bei bestimmten Schwierigkeiten möglich sind.

(-/11.2.1975/ks/pr)

+ + +

Kein Weg zur Altstadtanliegerung

Koalition wird dem Gesetzentwurf des Bundesrates nicht zustimmen

Von Dr. Olof Schwencke MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

In seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Nationalkomitees für das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 hat der bayerische Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier in einem Schreiben an die Mitglieder der Bundestagsausschüsse für Finanzen, Haushalt und Städtebau den vom Bundesrat eingebrachten "Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung und Modernisierung kulturhistorisch und städtebaulich wertvoller Gebäude" (Bundestagsdrucksache 7/2552) der "besonderen Aufmerksamkeit" empfohlen.

Die Koalitionsfraktionen werden diesem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen können. Sie werden stattdessen der sehr abgewogenen und differenzierten Stellungnahme der Bundesregierung folgen und darüber hinaus die einstimmig angenommene Lübecker Entschließung des Städtebauausschusses vom 9. Oktober 1974 im Auge behalten. Sie hat die Bundesregierung aufgefordert, ein Gesamtkonzept für einen besseren Denkmalschutz (Altstadtsanierung) vorzulegen.

In einem solchen Konzept müssen sicherlich steuerpolitische Maßnahmen für die Altstadthaus- und Ensemble-Erhaltung besonders berücksichtigt werden; aber es dürfen darin auch städtebaupolitische, rechtliche und kulturpolitische Maßnahmen auf keinen Fall fehlen. Solche Aspekte gelten auch den Mitgliedern des Nationalkomitees nicht, wie Prof. Maier sich ausdrückte, als bloßes "rhetorisches Beiwerk".

Das Zahlenwerk, das der bayerische Kultusminister vorlegt, weicht im Übrigen beträchtlich von den durch die Bundesregierung errechneten Mindereinnahmen an Steuern ab. So sagt der Computer, dessen sich Prof. Maiers Mitarbeiter bedienen, beispielsweise statt der von der Bundesregierung ermittelten jährlichen Steuereinfälle von 250 Millionen DM nur 31,4 Millionen voraus.

Aber Zahlenspiel hin, Zahlenspiel her: In der vorgelegten Form paßt dieser Gesetzentwurf des Bundesrates nicht in die politische Landschaft! So entschieden die Regierungskoalition auch für die Verbesserung der finanziellen Lage der Althausbesitzer einzutreten bereit ist, so wenig darf sie sich dabei eines Gießkannenprinzips bedienen. Eine städtebau- und finanzpolitisch verantwortbare Regelung wäre jedoch durch besonders festgelegte Schutz- und Erhaltungszone, wie die bereits etablierten Modernisierungszonen, im Zusammenhang mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes (vor allem der §§ 34, 39e und h) und auf Grund gemeinsamer Rahmenrichtlinien für Denkmalschutzwürdiges möglich. Daran arbeiten Bundesregierung und SPD-Fraktion.
(-/11.2.1975/ks/pr)

+ + +

Experiment und Chance

Hannover wird eine zweite Tageszeitung behalten

Großstadt und Großraum Hannover werden eine zweite Tageszeitung behalten: Neben der "Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" (HAZ), der größten Zeitung in Niedersachsen, wird auch die "Neue Hannoversche Presse" (NHP) weiter erscheinen, wenn auch künftig mit anderem Gesicht und anderer politischer Gewichtung. Die "NHP" wird und will künftig vor allem Lokal- und Regionalblatt sein und dies auch dadurch deutlich zum Ausdruck bringen, daß das lokale Geschehen, die Probleme der Stadt und des Großraumes Hannover, ganz weit nach vorne kommen, auf die Titelseite, während die übrigen, von der "HAZ" gelieferten Teile im Innern des Blattes zu finden sein werden.

Angesichts der wachsenden Defizite, denen die NHP sich gegenüber sah, was bekanntermaßen zu den existentiellen Sorgen und sogar zu vorsorglichen Kündigungen führte, ist der Versuch, auf diese Weise Hannover eine zweite publizistische Stimme zu erhalten, Experiment und Chance zugleich. Jetzt wird sich aber auch zeigen müssen, ob all jene, die sich mit Vehemenz, aber ohne materiell abgesicherte Vorschläge lautstark für eine zweite Zeitung eingesetzt haben, auch in der Praxis etwas zu tun bereit und in der Lage sein werden, um die Basis des neuen Versuches zu sichern und zu verbreitern. Wenn dies der Fall sein wird, dann könnte auch in mancher anderen Region der Bundesrepublik Deutschland, in der zurzeit nur noch eine Zeitung erscheint oder eine Ein-Zeitungs-Landschaft droht, das Experiment Hannover zur echten Chance werden.

Allerdings wird niemand übersehen dürfen, daß auch ein Weg, wie er jetzt für Hannover gefunden wurde, nicht ohne finanzielles Engagement und ohne materielles Risiko möglich ist. Genau dies aber pflegten gewisse Kritiker zu übersehen, namentlich jene, die nur auf den Plan treten, wenn Organe in Schwierigkeiten kommen, die direkt oder indirekt mit der SPD verbunden sind. Und daß gewissen Verlagsherren selbst die nunmehr konzipierte zweite Hannoversche Zeitung ein Dorn im Auge ist, wenn nicht gar mehr, dem man auch noch zum Mißerfolg verhelfen will, dürfte die Tatsache aufzeigen, daß ausgerechnet jetzt Springers "Bild" eine Lokalausgabe für Hannover einrichtet. Es fällt schwer, da zu glauben, daß dieses Unterfangen ein anderes Ziel hätte als genau die Absicht, den jetzt gesicherten Versuch zu unterlaufen. Springer selbst wird sein Projekt Hannover notfalls auch über viele Jahre hinweg durch die roten Zahlen bringen können.

Man darf gespannt sein, was die journalistischen Kritiker, die Hannover in jüngster Zeit so häufig unter die Lupe genommen haben, zu diesem seltsamen Springer-Engagement zu sagen haben werden. (-/11.2.1975/ks/pr)

+ + +

Salto à la Biedenkopf

SPD-Programmwurf ist ihm zu "pragmatisch" und zu "utopisch"

Fehlende politische Konzeptionen und schwierige personalpolitische Entscheidungen machen die Union unsicher und hilflos. Nach widersprüchlichen Stellungnahmen einzelner Unions-Politiker zum "Orientierungsrahmen '85" versuchte der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf jetzt diese Situation mit einem Griff in die dialektische Trickkiste zu verdecken.

In der "Welt der Arbeit" kommentiert er zu den Zielvorstellungen des "Orientierungsrahmens '85": Sie seien überspannte und wirklichkeitsferne Reformpolitik und würden nicht der Bewältigung praktischer politischer Aufgaben dienen. Man ist nicht wenig erstaunt, dann aber im zweiten Teil seiner Ausführungen zu erfahren, daß im "Orientierungsrahmen" eigentlich nur kurzzeitiger, simpler Pragmatismus ohne Ziele enthalten sei. Biedenkopf: Der Orientierungsrahmen enttäuschte alle jene Wähler, die glaubten, die SPD hätte eine politische Zielvorstellung oder Vision. Im Orientierungsrahmen sei nichts von alledem zu spüren. Das Ziel der SPD sei schlicht "die Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes". Der Weg dorthin solle nach den jeweiligen Gelegenheiten bestimmt werden.

Im Klartext: Die Ziele des "Orientierungsrahmens '85" werden von Prof. Biedenkopf als Utopie ohne praktischen Wert, praktische und realistische Vorstellungen hierzu dagegen als ziellos - und damit ebenfalls als wertlos - abgestempelt. Biedenkopf versucht das Kunststück, dem "Orientierungsrahmen '85" Utopie und einen schlechten Pragmatismus gleichzeitig anzuhängen und so den angeblichen Gegensatz fortzuspinnen, den die Union der Öffentlichkeit schon seit langem über die SPD einreden will.

Nicht die SPD ist aber schizophren, sondern die Argumentation Biedenkopfs, der sich offenbar nicht anders zu helfen weiß. Die Union bleibt aufgefordert, in sachlichen Alternativen zu konkurrieren.

Wolfgang Zeisig
(-/11.2.1975/ks/pr)

+ + +